

LEITARTIKEL

Erdöl und Anarchie

STEPHAN LORENZ
ÜBER DIE SITUATION
IN LIBYEN

stephan.lorenz@freiepresse.de

Europa blickt hilflos nach Libyen. Tausende Ausländer wollen raus aus dem Inferno, das „Revolutionsführer“ Muammar el Gaddafi in seinem Land angerichtet hat. Das hektische Ringen um die Flüchtenden und auch die geplanten Sanktionen gegen den Gaddafi-Clan können aber nicht darüber hinwegtäuschen, mit welcher Ohnmacht die zivilisierte Welt dem mörderischen Feldzug Gaddafis gegen die eigene Bevölkerung zusehen muss. Dabei hatten sich die Europäer jahrzehntlang mit dem bisweilen bizarren Despoten gut arrangiert. Italiens Silvio Berlusconi zählt(e) sich sogar zu den Freunden Gaddafis und seiner Söhne. Ein Gaddafi-Sohn wollte seinerzeit sogar einmal Fußball-Profi in Italien werden. Mangels Talent wurde nichts draus. Kaum einer hatte Berührungängste mit Libyens Regime.

Die Welt unterscheidet in nützliche und weniger nützliche Despoten. Husni Mubarak in Ägypten war der wichtigste Verbündete des Westens im Nahen Osten. Gaddafi wandelte sich in den Augen der Europäer vom gefürchteten „Welt-Terroristen“ zum hofierten „Wüstensohn“. Dafür gibt es genau zwei Gründe: das Erdöl und die Garantie, dass er den Europäern die Bootsflüchtlinge aus Nord- und Schwarzafrika vom Leibe hielt. Damit ließ sich aus westlicher Sicht gut leben.

Verstanden hat das Land aber niemand. Daher schaut die Welt jetzt so fassungslos auf Libyen. Die Revolte in Tripolis wurde als Teil der großen Freiheits- und Demokratiebewegung im Nahen Osten verinnahmt. Eine solche Einschätzung ist trügerisch. Sicher muss der brutale Despot Gaddafi weg, aber was kommt danach? In Libyen gibt es keine Verfassung, kein politisches System, auf das Demokratie oder Parlamentarismus gründen könnte. Das Prinzip hieß Gaddafi, der die Balance zwischen den Stämmen hielt.

Nun ist die Gefahr groß, dass islamistische Kräfte die Macht übernehmen oder – noch schlimmer – das Land in Anarchie versinkt. Bürgerkrieg mit oder ohne Gaddafi ist das Schreckgespenst, das sich nun wirklich niemand wünschen kann. Dann wird die Festung Europa noch höher gebaut. Doch was soll der Westen machen? UN-Truppen schicken? Sanktionen verhängen? Die Angst der Menschen in Libyen vor jeglicher Art fremder Beeinflussung und Einmischung ist groß. Die Libyer sind in dieser Beziehung, historisch gesehen, „gebrannte Kinder“. Was bleibt, ist die Ohnmacht.



Revolutions-Aufschlag.

KARIKATUR: TOMICEK

Libysche Stämme im Ungleichgewicht

Das Auseinanderbrechen der komplizierten Machtbalance zwischen den Stämmen hat in Libyen zur Revolte gegen Gaddafi geführt. Die Zukunft des Landes ist ungewiss.

VON STEPHAN LORENZ

TRIPOLIS – Die EU ringt um eine gemeinsame Linie gegen Libyen, während sich der selbst ernannte Revolutionsführer Muammar el Gaddafi an seine Macht klammert. Die aber bröckelt von Tag zu Tag mehr.

Viel dringt derzeit nicht aus dem abgeschotteten Wüstenstaat. Nicht von ungefähr fordert der Welticherheitsrat einen sofortigen Zugang für internationale Beobachter. Gesichert ist aber offenbar, dass der Osten Libyens, die Region Cyrenaica, unter der Kontrolle der Aufständischen ist. Wie aber geht es weiter, wenn das Regime am Ende ist?

Schwerpunkt in Cyrenaica

Roland Popp, Nahost-Experte von der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich, räumt ein, das vieles derzeit Spekulation ist. Im Osten sei der Widerstand der Gaddafi-Getreuen militärisch niedergedämpft worden. Dort seien auch mehr Armee-Angehörige übergelaufen als etwa in der Hauptstadt Tripolis. „Die Cyrenaica ist der politische Schwerpunkt der Revolte. Es ist das Hinterland der früheren Monarchie, die Gaddafi 1969 gestürzt hatte. Zwischen der östlichen Regi-

on und Tripolitaniern im Westen gab es schon immer große Spannungen“, so Popp. Gaddafis Herrschaft habe sich mehr auf die westliche Region gestützt. Dorthin seien die Investitionen aus den Öl-Einnahmen überwiegend geflossen. „Der Osten hat sich seit jeher benachteiligt gefühlt. Die Menschen waren daher eher bereit, ihr Leben zu riskieren. Allerdings waren die Unruhen sehr schnell auf Tripolis übersprungen. Dort wird der Widerstand noch militärisch niedergehalten.“ Innerhalb der libyschen Streitkräfte gebe es aber sehr viel Unruhe. Popp: „Das hat mit der Herrschaftsstruktur Gaddafis zu tun, der die verschiedenen Teile der Streitkräfte immer ge-

einander ausgespielt hat. Das alles wird noch überlagert von der Stammesgesellschaft in Libyen.“

Die Stämme spielen eine sehr große Rolle in dem Land. Laut Popp hat das zunächst mit der kolonialen Vergangenheit zu tun – Libyen war bis 1951 italienische Kolonie. Danach aber war das Ausbalancieren der Stammesinteressen auch immer ein Machtinstrument Gaddafis. „Er stammt aus einem eher kleinen Klan aus der Mitte des Landes, hatte sich aber nach der Machtübernahme mit großen Stämmen verbündet, die er mit Geld, Einfluss und Posten bedient hat.“ Die höchsten Posten gingen bei Gaddafi immer an Verwandte, vorzugsweise an seine Söh-

IM FOKUS

Obama-Vertrauter gewinnt in Chicago

Früherer Präsidenten-Stabschef Emanuel tritt im Mai Bürgermeisteramt an



FOTO: FRANK POLCH/REUTERS

Vor einigen Monaten war er noch Stabschef von US-Präsident Barack Obama, am 16. Mai tritt er in Chicago, der drittgrößten Stadt der USA das Amt des Bürgermeisters an: Rahm Emanuel. Bei der Wahl am Dienstag setzte er sich mit 55 Prozent der Stimmen gegen fünf Gegenkandidaten durch, wie gestern bekannt wurde. Ein zweiter Wahlgang ist damit überflüssig. Obama gratulierte dem 51-Jährigen zu seinem Wahlsieg und erklärte, Emanuel werde „ein großartiger Bürgermeister für alle Menschen in Chicago“ sein. Obama hatte viele Jahre in Chicago gelebt und gearbeitet.

Emanuel war nach Obamas

Wahlsieg als Stabschef ins Weiße Haus gewechselt. Als der langjährige Chicagoer Bürgermeister Richard Daley bekannt gab, dass er nicht wieder kandidieren werde, kündigte Emanuel sein Ausscheiden aus Obamas Diensten zum 1. Oktober vorigen Jahres und seine Kandidatur an.

Gegen Emanuels Antreten bei der Wahl waren mehrere Beschwerden eingereicht worden. Seine politischen Gegner warfen ihm vor, dass er fast zwei Jahre lang nicht in Chicago, sondern in Washington gelebt habe. Erst im Oktober zog er wieder um. Versuche, seine Kandidatur per Gerichtsurteil zu stoppen, scheiterten aber. (dapd/afp)

Abwehrzentrum gegen Internet-Attacken entsteht

Viren, Würmer, Trojaner – nicht nur private Rechner sind immer häufiger Ziel von Angriffen. Auch Firmen und Behörden sind gefährdet.

BERLIN – Die Bundesregierung hat den Aufbau eines nationalen Cyber-Abwehrzentrums ab April beschlossen. Die neue Einrichtung soll im Falle eines Angriffs über das Internet dazu dienen, „schnell und abgestimmt Informationen zusammenzutragen, zu analysieren und zwischen den Sicherheitsbehörden abgestimmte Empfehlungen zum Schutz der IT-Systeme zur Verfügung zu stellen“, teilten die Bundesministerien für Wirtschaft und für Inneres gestern mit. Die Federführung soll das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik

übernehmen. Beteiligt sind zudem das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Das neue Abwehrzentrum ist Teil einer umfassenden Sicherheitsstrategie, die die Regierung am selben Tag beschloss. Weitere Kernpunkte der Strategie sind der Schutz der IT-Systeme in Deutschland, die Sensibilisierung der Bürger sowie die Einrichtung eines Nationalen Cyber-Sicherheitsrats. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sagte, dadurch solle Sicherheit auf einem hohen Niveau gewährleistet werden, „ohne die Chancen und den Nutzen des Cyberspace zu beeinträchtigen“.

Allein auf das Regierungsnetz gebe es im Schnitt zwei Angriffe pro Tag, sagte de Maizière. Es sei dabei aber meist unklar, ob die Attacken von Staaten, Unternehmen oder Privatpersonen gestartet wurden.

Im Bundeswirtschaftsministerium soll eine Arbeitsgruppe „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ eingerichtet werden, um den bisher mangelhaften Informationsaustausch zwischen den Betroffenen zu verbessern. Minister Rainer Brüderle (FDP) sagte, „Netzangriffe können erhebliche Auswirkungen auf unseren wirtschaftlichen Wohlstand und Technologievorsprung haben“. Die Wirtschafts-Spionage via Internet habe eine neue Dimension erreicht. Deshalb sollten die Wirtschaft und vor allem der Mittelstand vor Cyber-Angriffen stärker als bisher geschützt werden.

Der Hightech-Verband Bitkom begrüßte insbesondere die Einbindung der kritischen Infrastrukturen in privater Hand. „Rund drei Viertel der kritischen Infrastrukturen sind in privater Hand“, sagte Dieter Kempf vom Bitkom-Präsidium. Sie ließen sich nur in enger Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft wirksam schützen. Durch die

zunehmende Vernetzung von Maschinen, zum Teil auch über das Internet, entstünden neue Angriffsflächen für Terrorismus oder Spionage.

Der Branchenverband forderte zudem die Förderung einer leis-

tungsfähigen IT-Sicherheitsindustrie in Deutschland. Diese habe für die Sicherheit des Landes eine ebenso hohe Bedeutung wie die Hersteller traditioneller Militärtechnik und Sicherheitssysteme. (dapd/rtr)

Gefahren aus der virtuellen Welt

Durch den Fortschritt der Internet-Technologie steigen auch die Risiken: Viren, Würmer, Trojaner und andere Schadprogramme können private Computer ausschnüffeln und etwa Bankdaten und Passwörter stehlen.

Die Angreifer werden immer raffiniert: Mit Werbebannern auf Internetseiten, per E-Mail verschickten Dokumente oder über soziale Netzwerke gelangen Schädlinge auf Rechner in Privathaushalten, Behörden und Unternehmen. Für den Zusammenbau solcher Schadprogramme sind nicht einmal besondere Computerkenntnisse nötig – entsprechende „Bausätze“

kann jedermann auf Wunsch im Internet herunterladen.

Eine beliebte Variante von Angriffen sind die sogenannten DDOS-Angriffe („Distributed Denial of Service“): Über infizierte Rechner unbescholtene Bürger werden millionenfach Anfragen an die Server einer Institution geschickt – sie brechen zusammen und verweigern den Dienst.

Hochgefährlich für die Allgemeinheit können Viren sein, die Industrieanlagen befallen – zum Beispiel wie jüngst „Stuxnet“. Der Virus legte eine Atomanlage im Iran lahm. (afp/fp)

IMPRESSUM

Herausgeber: Medien Union GmbH Ludwigshafen
Verlag: Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG, 09111 Chemnitz, Brückenstraße 15 oder 09002 Chemnitz, Postfach 261
Telefon: 0371 6560
Telefax Redaktion: 0371 656-17084
Telefax Anzeigen: 0371 656-17077
Internet: www.freiepresse.de
E-Mail: die.tageszeitung@freiepresse.de

Geschäftsführer: Ulrich Lingnau
Chefredakteur: Torsten Kleditzsch (v.i.s.d.p.)
Stellvertretende Chefredakteure: Udo Lindner, Jana Klameth

Anzeigenleiter: Sven Manske (v.i.s.d.p.)
Leiter Leserkontakt: Arne Stuck

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 22,30 €, einschließlich 7% Mehrwertsteuer und ist im Voraus zu bezahlen. Der monatliche Postbezugspreis beträgt 29,40 € (Inland) bzw. 48,80 € (Ausland). Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.